

KOBENZER NACHRICHTEN

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische
Post/AG Postengelt bar bezahlt RM 19A041806 E

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
19A041806 E



Ausgabe 1, Juni 2020

Zeitung der **KPÖ** KOBENZ

www.kpoe-steiermark.at



Herbert Georg Lehrmayer

- geb. 1963 in Graz
- Ausbildung in Hotel- und Gastgewerbe
- von 1991 - 2016 in der Schweiz in seinem Beruf tätig
- lebt seit 2017 in Kobenz, hat im Jufa in Seckau gearbeitet
- seit 2018 Taxifahrer

Die KPÖ kandidiert das erste Mal in Kobenz. Spitzenkandidat ist der Hautzenbichler Herbert Georg Lehrmayer. Georg ist seit 2000 KPÖ Mitglied. Der gelernte Hotel- und Gastgewerbeassistent arbeitet seit 2018 als Taxifahrer und kommt so mit vielen Menschen in Kontakt. Wir haben ihn zu seiner Motivation für den Gemeinderat zu kandidieren interviewt:

Du bist seit dem Jahr 2000 KPÖ-Mitglied. Warum hast du dich entschlossen ihr beizutreten?

Die KPÖ war für mich immer ein wichtiges Gegengewicht zu den anderen Parteien. Eine Partei, die von Wirtschaftsinteressen unabhängig ist, die für jene Menschen da ist, die sonst oft vergessen werden ist heute genauso wichtig, wie schon vor 20 Jahren.

Die Gemeinderatswahlen finden diesmal unter besonderen Umständen statt. Wie geht die KPÖ unter diesen Bedingungen in die Wahl?

Viele unserer MitbürgerInnen sind derzeit von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit bedroht und haben Lohn- und Gehaltseinbußen zu verkraften. Ich kann versichern, dass die Türen der KPÖ auch in schwierigen Zeiten für alle offenstehen, die Rat und Hilfe brauchen.

Welche Erfahrung hast Du mit der Krise gemacht?

Auch bei uns TaxifahrerInnen hat sich der

Lock-Down bemerkbar gemacht. Viele meiner KollegInnen und auch ich waren von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen. Das führt natürlich zu Sorgen über die weitere Entwicklung. Bei Vielen ist tatsächlich die Existenz bedroht. Die KPÖ setzt sich in den Gemeinden dafür ein, dass die Menschen unterstützt werden und sie hilft auch selbst unbürokratisch.

Weiter auf Seite 2

Auf keinen Menschen vergessen!

Soziales darf nicht untergehen!

KPÖ

Wie hilft die KPÖ?

Viele Menschen kommen zur KPÖ – oder rufen an – weil sie sich grundlegende Dinge nicht mehr leisten können. Wenn sich die Fixkosten wie Miete und Strom ohnehin nur knapp ausgehen, dann brechen in Zeiten der Kurzarbeit sehr schnell die Reserven weg. Hier versuchen wir konkret zu helfen. Wir bieten aber auch Beratungen an.

Wie wird der Sozialfonds finanziert?

Unsere MandatarInnen behalten sich von ihren Politeinkommen 2.300 Euro. Der Rest kommt in den KPÖ-Sozialfonds. Unser Klubobfrau im Landtag, Claudia Klimt-Weithaler, bekommt rund 6.300 Euro Politeinkommen, davon gehen monatlich 4.000 Euro in den Sozialfonds. Wir haben unsere soziale Ader nicht erst in der Krise entdeckt. Nachdem die KPÖ aber nur zwei Landtagsabgeordnete hat müssen die Einzahlungen für die ganze Steiermark reichen. Deshalb können wir nur mit kleinen Beträgen aushelfen.

Welche Forderungen erhebt die KPÖ im Bezug auf die Gemeinderatswahl?

Wir setzen uns dafür ein, dass das Leben auch für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen leistbar ist. Deshalb dürfen Mieten und Wohnkosten nicht in den Himmel wachsen. Die Gemeinde darf die Gebühren und Tarife nicht laufend erhöhen. Die Gemeinden stehen finanziell massiv unter Druck. Genauso wie für die AUA und die Wirtschaft müssen auch für die Gemeinden die benötigten Milliarden bereitstehen.

Die KPÖ kandidiert zum ersten Mal in Kobenz, was ist dein Wahlziel?

Ich kandidiere um mich im Sinne der Menschen im Gemeinderat einbringen zu können. Mit der KPÖ wäre eine Kraft im Gemeinderat vertreten, bei der Soziales nicht untergeht. Ein Einzug ist, gerade in einer kleinen Gemeinde, für eine neue Liste natürlich nicht einfach. Es kommt auf jede Stimme an. Ich bitte Sie daher, gehen Sie zur Wahl und unterstützen Sie die KPÖ mit ihrer Stimme.

Hinweis: Am vorgezogenen Wahltag bzw. per Briefwahl bereits abgegebene Stimmen behalten ihre Gültigkeit



KPÖ

Auf keinen Menschen vergessen!

Soziales darf nicht untergehen!

Georg Lehrmayer – KPÖ

Was uns wichtig ist:

- Helfen statt reden
- Genügend Geld für die Gemeinden
- Leistbare Gebühren
- Erschwingliche Wohnungen
- Ausreichende ärztliche Versorgung
- Sozialpolitik statt Eventpolitik
- Nein zu PolitikerInnenprivilegien
- Kein Gewinnstreben in der Pflege
- Nein zu Privatisierungen
- Ausreichende Kinderbetreuung
- Kinderspielplätze
- Raum für Jugendliche
- Maßnahmen gegen Lärmbelastung
- Keine Leiharbeit
- Echte Gleichberechtigung
- Frieden und Neutralität
- Nein zu Aufrüstung und Airpower
- Toleranz und Menschlichkeit
- Echter Tierschutz

Bettenreduzierungen sind der falsche Weg!



Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass jederzeit Situationen eintreten können, die eine Belastungsprobe für unser Gesundheitssystem darstellen. Österreich hat die Krise auch deswegen besser

als andere Länder gemeistert, weil es noch über ein relativ gut ausgebautes, dezentrales Gesundheitssystem verfügt.

In einer Studie der OSZE heißt es: „Die Erfahrungen in China und Italien haben gezeigt, wie wichtig es ist, eine ausreichende Kapazität der Krankenhausbetten sicherzustellen.“ Im Gegensatz zu diesen Erfahrungen sieht der von SPÖ und ÖVP beschlossene „Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ (RSG) einen massiven Einschnitt in unserer medizinischen Versorgung vor.

Bis 2025 ist in der Steiermark eine Reduktion um 800 Spitalsbetten geplant. Auch im Bezirk Murtal sollen die Bettenzahlen weiter sinken. Gab es 2009 noch 512 Spitalsbetten, sind es heute noch 450 und sollen 2025 noch 433 sein. Die Zahl der Intensivbetten ist von 21 auf 18 gesunken, es soll künftig nur noch 17 geben.

Abbau von 15 Arztplanstellen

Aber es geht nicht nur die Reduzierung von Spi-

talsbetten und die Schließung von Krankenhäusern, auch die Anzahl der Ärzteplanstellen soll zusammengekürzt werden. Statt der bisher 63 Planstellen solle es im Murtal künftig nur mehr 48(!) geben.

Als Ersatz sollen drei Primärversorgungseinheiten eingerichtet werden. Dort sollten zwei bis drei ÄrztInnen tätig sein. Wieso man davon ausgeht, dass zwei bis drei ÄrztInnen in einem Versorgungszentrum das gleiche leisten können wie fünf ÄrztInnen in einer Einzelordination ist uns schleierhaft.

Wir meinen nach den Erfahrungen der Corona-Krise wäre es unverantwortlich den Strukturplan in dieser Form umzusetzen. Deshalb setzen wir uns im Landtag und in den Gemeinderäten für einen Kurswechsel ein. Knittelfeld und Spielberg haben sich auf unseren Antrag hin, für die Neuverhandlung des Strukturplans ausgesprochen.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 1. Juli

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,

Voranmeldung: 03512/ 82240

Woher kommt der Druck, im Gesundheitssystem zu kürzen?

Mit der „Gesundheitsreform 2013“ wurde die Deckelung der Ausgaben für das Gesundheitssystem beschlossen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben wurde an das Wachstum des BIP (Bruttoinlandsprodukt) gekoppelt. Das bedeutet die Gesundheitspolitik darf sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern muss sich am Wirtschaftswachstum orientieren.



Das ist absurd und menschenverachtend. Sind Menschen in Zeiten eines sinkenden BIP, oder gar einer Rezession weniger krank? 2016 beschlossen Bund und Länder, dass der „Deckel“ von 3,6% jährlich um 0,1% auf

3,2% im Jahr 2021 heruntergeschraubt werden soll. Hinter diesen nüchternen Zahlen stehen Kürzungen in Milliardenhöhe, Krankenhausschließungen, Bettenabbau und schlechtere medizinischen Versorgung.

EU-Vorgaben wurden umgesetzt

Mit dieser „Deckelung“ wurden EU-Vorgaben

umgesetzt. Jahr für Jahr fordert die EU-Kommission von Österreich Kürzungen im Gesundheitsbereich. Die Corona-Krise zeigt, dass die „Deckelung“ der Gesundheitsausgaben völlig verantwortungslos ist. Diese Kürzungspolitik ist aber keine zufällige Fehlentwicklung sondern eine bewusste Weichenstellung in Richtung Privatisierung.

Es geht um Privatisierung

Das öffentliche Gesundheitswesen wird ausgedünnt. Ziel ist es die Milliarden der Gesundheitsausgaben in Richtung private Betreiber umzuleiten. Auch in Österreich steigt die Anzahl der Privatkrankenhäuser, die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist längst Realität.

Der Fortschritt in der Medizin hat neue Behandlungsmethoden gegen Krankheiten oder Leiden hervorgebracht, die früher nicht geheilt oder behandelt werden konnten. Das ist gut so und sollte uns auch etwas wert sein. Gesundheit ist eines unserer wichtigsten Güter. Nur eine gute Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand ermöglicht allen den Zugang zur besten medizinischen Versorgung.

Erhöhung des Arbeitslosengeldes: Einmalzahlung ist eine Farce!

Die KPÖ hat im Landtag den Antrag gestellt, die Landesregierung solle von der Bundesregierung eine Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70 % des letzten Bezugs fordern. Eine Mehrheit kam aber nicht zustande. Der Antrag wurde von ÖVP, Neos und SPÖ(!) abgelehnt.

Hinter jedem einzelnen arbeitslosen Menschen steht ein Schicksal und eine Existenz. Hunderttausende Menschen in Österreich haben jetzt nur mehr etwas mehr als die Hälfte des ursprünglichen Gehalts zur Verfügung, da die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld nur 55 Prozent beträgt.

Das ist schon für eine kurze Zeitspanne schwer zu verkraften, zumal die monatlichen Fixkosten ja nicht weniger werden. Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ist daher dringend geboten, auch um die Kaufkraft und somit die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

In der Corona-Krise ist die Arbeitslosigkeit stark angestiegen. Seit Kriegsende war die Zahl der Arbeitslosen nie so hoch wie im April 2020. Diese Tatsache ließ hoffen, dass die Ersatzrate nun endlich angehoben wird.

Enttäuschende Einmalzahlung
Die Bundesregierung kündigte eine Einmalzahlung

von 450 Euro für Menschen an, die zwischen März und September mindestens 2 Monate arbeitslos sind.

Das ist bestenfalls ein Tropfen auf dem heißen Stein. Viele tausende Menschen müssen sich nun verschulden um ihre Kosten zu decken. Durch die Krise arbeitslos gewordene oder gebliebene Menschen brauchen eine echte Unterstützung, in Form einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes und zwar für die ganze Bezugsdauer. Die jetzt geplante Regelung löst das Problem nicht und ist ein Schlag ins Gesicht aller Betroffenen.



Abfangjäger: Belastung seit Jahrzehnten

Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wurden die Draken angekauft. Später wiederholte sich das Szenario. Jedoch ging es nicht mehr um den Ankauf von Abfangjägern aus dem neutralen Schweden, sondern um die EU-Armee kompatiblen Eurofighter.



Der Ankauf der Eurofighter war die teuerste militärische Beschaffung der Zweiten Republik und wurde von der Mehrheit der ÖsterreicherInnen abgelehnt. Um den Kauf der Eurofighter zu verhindern entstand bei uns die Bürgerinitiative „Abflug“. Die KommunistInnen des Murtals waren auch dort wieder aktiv.

Von Beginn stand der Verdacht von Schmiergeld-

zahlungen im Raum. Trotzdem haben ÖVP und FPÖ den Ankauf durchgedrückt. Vor der Nationalratswahl 2006 hat die SPÖ das Versprechen gegeben aus der Eurofighterbeschaffung auszusteigen. Nachdem die SPÖ nach der Wahl den Kanzler stellte, war dieses Versprechen sofort vergessen.

Lärm statt Arbeitsplätze
Inzwischen wissen wir von dubiosen Kompensationsgeschäften und Schmiergeldmillionen auf Kosten der SteuerzahlerInnen. Das Murtal hat die enorme Lärmbelastung, auf die versprochenen Arbeitsplätze durch Kompensationsgeschäfte warten wir bis heute.

Seit Jahren fordern wir eine Lärmreduzierung und einen verbindlichen Flugeinsatzplan. Obwohl Lärm, auch durch die Häufung der Lärmquellen (Red-Bull-Ring, Autobahn, ÖBB, Flugbetrieb) ein immer größeres Problem ist, haben sich die Bürgermeister der Murtalgemeinden bisher wenig darum gekümmert.

Nun haben mehrere Bürgermeister erklärt die Ausweitung des Flugbetriebs nicht hinnehmen zu wollen. Das ist gut so. Die KPÖ wird darauf achten, dass dieses Versprechen an die Bevölkerung des Murtals auch nach den Gemeinderatswahlen noch Bestand hat.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Kobenz, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Josef Meszlenyi. Druck: Fa. Gutenberghaus

